

Christlich-militärische Union

Sachsen-Anhalt: SPD-Minister verfügt Gleichberechtigung von Bundeswehr und Pazifisten an Schulen. CDU in Land und Bund ist aufgebracht. **Von Susan Bonath**

Mit einer Handreichung hat Sachsen-Anhalts Kultusminister Stephan Dorgerloh (SPD) zu Wochenbeginn die Schulen des Landes verpflichtet, Bundeswehr und Friedensinitiativen gleichberechtigt zu Wort kommen zu lassen. Was die Linke freut und die Grünen schweigen lässt, treibt Christdemokraten auf Landes- und Bundesebene auf die Barrikaden. Der Minister müsse den im Schulverwaltungsblatt verkündeten Erlass zurücknehmen, fordern sie.

So wettet Sachsen-Anhalts CDU-Fraktionschef André Schröder in einer am Dienstag abend veröffentlichten Mitteilung, unter »dem Vorwand der Meinungsvielfalt« würden »die besondere Bedeutung der Bundeswehr für die Gesellschaft und ihr Friedensauftrag« negiert. Gebe man Pazifisten Gelegenheit, gegen die Haltung des Militärs zu argumentieren, schaffe dies »einen künstlichen Gegensatz zwischen Friedensarbeit und der Tätigkeit der Parlamentsarmee«. Dorgerloh solle seinen Vorstoß nun per Erklärung begründen, verlangt Schröder. »Dass an Sachsen-Anhalts Schulen neue Grundsätze für den Umgang mit Jugendoffizieren notwendig werden, ist meiner Fraktion völlig neu.«

Bewerten wollte Schröder die derzeitige Umsetzung des »Friedensauftrags« des Heeres am Mittwoch im Gespräch mit jW nicht. »Die Bundeswehr wird demokratisch vom Parlament beauftragt«, betonte er. Sie habe eine »besondere Stellung«, »weil sie unsere Freiheit schützt«. Er sei nicht dagegen, dass Schulen Pazifisten einladen. Aber der Zwang, das eine mit dem anderen zu verbinden, erschwere die Arbeit der Jugendoffiziere. »Da schwingt mit, dass Soldaten grundsätzlich für Krieg sind, das ist nicht hinnehmbar«, so Schröder. Zudem beklagte er, der SPD-Minister habe im Alleingang ge-



Heute auf dem Lehrplan: Töten? Jugendoffiziere in der Schule, hier am 27. Mai im Gymnasium am Romäusring in Villingen-Schwenningen (Baden-Württemberg)

handelt, ohne die CDU als Koalitionspartner zu informieren.

Schröders Unmut hat auch seine Parteikollegen im Bundestag aufgerüttelt. Der CDU-Abgeordnete Christoph Bergner schimpfte gegenüber der *Mitteldeutschen Zeitung* (Mittwochausgabe), Dorgerloh ignoriere so etwa »die gute Zusammenarbeit zwischen Streitkräften und zivilen Organisationen« beim Hochwasser 2013. »Ich kann nur hoffen, dass er innerhalb seiner eigenen Partei dafür zur Brust genommen wird«, appellierte er an die SPD.

Die Landesvorsitzende der Linken in Sachsen-Anhalt, Birke Bull, sicherte Dorgerloh indes die »ausdrückliche Unterstützung« ihrer Fraktion zu. Die Initiative zielt auf »eine offene demokratische Debatte zu Fragen

der weltweiten Friedens- und Sicherheitspolitik«, lobte Bull. Dies sei ein Schritt in die richtige Richtung. Schüler hätten ein Recht auf kontroverse Diskussionen über ein so wichtiges Thema. Außerdem folge der Minister mit seinem Vorstoß dem »Beutelsbacher Konsens«. Diesen deklariert die Bundeszentrale für politische Bildung als ihren »Leitgedanken«. Danach ist es »nicht erlaubt, Schüler (...) im Sinne erwünschter Meinungen zu überumpeln und damit an der Gewinnung eines selbständigen Urteils zu hindern«. Die bisher gängige Praxis aber überschreite die Grenze zwischen politischer Bildung und Indoktrination. Letztere sei »unvereinbar mit der Rolle des Lehrers in einer demokratischen Gesellschaft«.

Bisher nutzten zahlreiche Schulen in Sachsen-Anhalt das nahe Gefechtsübungszenrum (GÜZ) Heer in der Altmark für »praktischen Unterricht« zwischen Panzern, Lasersimulationswaffen und Feldküche. Auch Schulstunden mit Jugendoffizieren waren keine Seltenheit. Fortan ist das nur möglich, wenn »gleichzeitig oder zeitnah« Friedensinitiativen ihre Position darstellen dürfen. »Wir orientieren uns dabei an den Regeln, die für Besuche von Politikern gelten«, so das Ministerium. Meinungsvielfalt müsse gefördert werden. »Truppenbesuche dürfen keinen erlebnispädagogischen Eventcharakter haben.« Ferner untersagt die Handreichung »jede direkte und indirekte Berufswerbung für die Bundeswehr während der Schulzeit«.

■ Peinlichkeit des Tages

Joachim Gauck



Gegen Dummheit kommt man nicht an, schon gar nicht, wenn sie präsidial ist. Der Herr Bundespräsident hat sich wieder einmal zur Geschichte geäußert. Bei einer Podiumsdiskussion in Berlin soll er laut *dpa* gesagt haben, notwendig sei die Einsicht, dass das DDR-System ein Angriff auf die europäische Demokratie war. Wikipedia verrät, dass Joachim Gauck ab 1946 angeblich eine Grundschule besucht hat, dann die Oberschule bis zum Abitur 1958. Hat er den Geschichtsunterricht beharrlich jahrelang geschwänzt? Wie hat er dann das Abitur ablegen können? Warum weiß er nicht, dass die deutschen Faschisten den Zweiten Weltkrieg entfesselt haben, in dem bis zu 80 Millionen Menschen ihr Leben verloren? Warum weiß er nicht, dass die DDR von Antifaschisten gegründet

det wurde, die dem Schwur der Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald verpflichtet waren, der mit den Worten endet: »Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.«

Wenn die DDR ein Angriff war, dann war sie ein Angriff auf Faschismus und Krieg. Warum sagt dem Präsidenten keiner, dass Faschismus und Krieg das Gegenteil von europäischer Demokratie sind? Hat niemand im Bundespräsidialamt davon gehört? Und wie wie peinlich darf ein Staatschef überhaupt sein?

Interessant ist der Zusammenhang, in dem Gauck seine eklatanten Wissenslücken verbreitete. Der heißt »Respekt vor Ramelow«. »Die Bemühungen des neuen Ministerpräsidenten, um Glaubwürdigkeit zu erlangen, respektiere ich. Sie sind mir aufgefallen. Er hat es sehr deutlich gemacht.« Jetzt erwarte er konkrete Schritte, etwa bei den Lehrplänen in den Schulen.

Bleibt die Hoffnung, nicht an dieser Stelle demnächst Lehrbücher zur Geschichte aus der Feder von Joachim Gauck rezensieren zu müssen. Weil der Mann nichts weiß, schreckt er auch vor nichts zurück. (ulis)